

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	50	Stadtverordnetenversammlung	26.06.2019		Anfragen und Anregungen	
<u>Beschluss</u>		Stadtverordnete Ulrike Bolz weist daraufhin, dass vor dem Haus Rilkeweg 6 die Straßenlaterne nicht leuchte.				30.11.2019
<u>Antwort der Verwaltung</u>		Die defekte Straßenlaterne wurde der Syna gemeldet.				<input checked="" type="checkbox"/>
Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	26.06.2019		Anfragen und Anregungen	
<u>Beschluss</u>		Stadtverordnetenvorsteher Holger Bellino fragt nach dem Sachstand zur Erhebung einer Grundrechtsklage beim Hessischen Staatsgerichtshof gegen das Land Hessen. Wurde bereits Klage eingereicht bzw. wird noch eine Klage eingereicht?				05.12.2019
		Bürgermeister Thomas Pauli antwortet, dass noch keine Klage eingereicht wurde. Es findet demnächst ein weiteres Gespräch mit Herrn Dr. Rauber statt, welcher die Sache begleitet. Danach werde er über den Sachstand berichten.				<input checked="" type="checkbox"/>
<u>Antwort der Verwaltung</u>		Siehe Mitteilung 319/2019, StaV 05.12.2019, TOP 5.1				
Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	
<u>Beschluss</u>		Stadtverordneter Dr. Jürgen Göbel bittet darum, in einer der nächsten Sitzungen des Ältestenrats über die Sitzordnung der Stadtverordnetenversammlung zu sprechen. Die jetzige Sitzordnung sei nicht besonders gefällig und nicht optimal.				31.10.2019
		Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, sagt dies zu.				<input checked="" type="checkbox"/>
<u>Antwort der Verwaltung</u>		Die Sitzordnung wird zur kommenden Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 31.10.2019 angepasst.				
Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	222/2019	Antrag der NBF/NBL-Fraktion zu verkaufsoffenen Sonntagen	
<u>Beschluss</u>		Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, an den Hessischen Landtag und/oder die Hessische Landesregierung zu appellieren, auf eine Gesetzesänderung im Hessischen Landesrecht hinzuwirken, welche die Kommunen zukünftig in die Lage versetzt, zur Sicherung und Förderung der kommunalen Wirtschaft leichter als bisher bis zu 4 verkaufsoffene Sonntage im Jahr durchführen zu können. Ziel ist es, den Handlungsspielraum der Kommunen zu vergrößern, die Genehmigungserfordernisse zu vereinfachen und auf der anderen Seite die Rechtssicherheit der Entscheidung für alle Beteiligten zu erhöhen.				31.10.2019
<u>Antwort der</u>		Siehe Mitteilung 248/2019, StaV 31.10.2019, TOP 6.1				<input checked="" type="checkbox"/>

Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	Stadtverordneter Kevin Kulp fragt an, ob der Kreuzungsbereich an der Ampel Theodor-Heuss-Straße Ecke Bahnhofstraße ein Unfallschwerpunkt sei. Ihm seien unsichere Verkehrsteilnehmer an dieser Stelle aufgefallen, da offensichtlich die Grünphase sowohl in Richtung Innenstadt als auch für Linksabbieger in die Bahnhofstraße gilt. Er stellt die Frage, ob es möglich und sinnvoll wäre, eine Extra-Grünphase für die Linksabbieger einzurichten.	31.10.2019	<input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------	---	------------	-------------------------------------

Antwort der Verwaltung

Der Regionale Verkehrsdienst der Polizeidirektion Hochtaunus wurde in die Beantwortung der Frage eingebunden, da Unfallauswertungen ausschließlich über die Landespolizei erfolgen. Der Bereich Theodor-Heuss-Straße / Bahnhofstraße ist kein Unfallschwerpunkt und als Unfallstelle unauffällig. Rückblickend auf die letzten drei Jahre sind vier Unfälle polizeilich erfasst. Anhand der Unfallzahlen sind aus polizeilicher Sicht keine Maßnahmen erforderlich.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	Stadtverordneter Artur Otto berichtet, dass die auf den Straßen angebrachten 30km/h Markierungen im gesamten Stadtgebiet so gut wie nicht mehr lesbar sind. Da die Verkehrsschilder oftmals sehr klein sind, bittet er um Prüfung, ob diese Markierungen wieder verbessert werden können.	31.10.2019	<input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------	---	------------	-------------------------------------

Antwort der Verwaltung

Die Größe der angebrachten Verkehrsschilder sind gesetzlich vorgegeben und für Verkehrsteilnehmer eindeutig erkennbar. Die regelmäßigen Geschwindigkeitsmessungen im Stadtgebiet zeigen, dass diese auch beachtet werden und das Gros der Verkehrsteilnehmer sich an die vorgegebenen Geschwindigkeiten hält. Die Tempo-30-Markierungen auf der Straße sind keine Verkehrszeichen im Sinne der Straßenverkehrsordnung (StVO). Diese sind nicht zwingend notwendig, können aber bei Bedarf erneuert werden. Die Fahrbahnmarkierungen werden sukzessive vom Straßenbaulastträger in Zusammenarbeit mit der Straßenverkehrsbehörde erneuert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	Stadtverordneter Artur Otto führt aus, dass es viele Fälle in Neu-Anspach gäbe, bei denen unklare Vorfahrtsregeln durch abgesenkte Bordsteine vorherrschen, so z.B. bei der Einmündung Berliner Straße/Raiffeisenstraße. Man sollte darüber nachdenken, eindeutige Verkehrsregelungen zu schaffen, um Unfälle zu vermeiden.	31.10.2019	<input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------	---	------------	-------------------------------------

Antwort der Verwaltung

Die Vorfahrtsregelung der Einmündung Berliner Straße/Raiffeisenstraße ist baulich nicht optimal gelöst, aber durch die vorhandene Bordsteinkante verkehrsrechtlich eindeutig. Unfälle an dieser oder anderen Einmündungen aufgrund von „unklaren“ Vorfahrtsregelungen sind nicht bekannt.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp gibt an, von Bürgern gehört zu haben, dass es Probleme bei der Nutzung des Tanzsportzentrums Grün-Gelb durch eine Sportgruppe der SG Westerfeld gibt. Er bittet um schriftliche Auskunft vom Magistrat, was genau hier der Streitpunkt bzw. der Hintergrund ist und was die Stadt unternehmen kann, um zwischen den Parteien zu vermitteln. 31.10.2019

Antwort der Verwaltung Der TSC Grün-Gelb e.V. (TSC) hat mit Mietvertrag vom 10.12.2013 das Gemeinschaftshaus in Westerfeld (heutiger Tanzsportclub des TSC) von der Stadt Neu-Anspach angemietet. Die Stadt hat in § 4 Abs. II S. 2 des Vertrags festgehalten, dass die beiden Vereine, SG Westerfeld e.V. (SGW) und die Landfrauen Westerfeld ihre Trainingseinheiten dort behalten sollen. Im Juni 2019 hat der aktuelle Vorstand des TSC in einem Schreiben an den Vorstand der SGW einen Eigenbedarf für Trainingsräume angemeldet, so dass deren bisherige Trainingszeiten dienstags von 18 bis 20 Uhr nicht mehr stattfinden konnten. Der TSC hat einige Ausweichtermine vorgeschlagen, welche die SGW aus ihrer Sicht nicht umsetzen konnte. Die Stadt Neu-Anspach wurde durch die SGW aufgefordert, die bestehenden vertraglichen Inhalte um-/durchzusetzen.

In mehreren Gesprächen wurden vielfältige Lösungsmöglichkeiten mit beiden Vereinen besprochen, unter anderem die Nutzung der Milhhalle Westerfeld durch die SGW. Keine der vorgeschlagenen Lösungsmöglichkeiten konnte Einvernehmen herbeiführen. Der Bürgermeister forderte daraufhin den TSC schriftlich auf, den mit der Stadt geschlossenen Vertrag einzuhalten und der SGW die bisherigen Trainingszeiten dienstags von 18 bis 20 Uhr im Tanzsportzentrum einzuräumen. Im Anschluss an die Aufforderung verhängte der TSC ein Hausverbot für die SGW und gewährte den Mitgliedern keinen Zugang zum Tanzsportzentrum. Bevor weitere rechtliche Schritte eingeleitet werden, hat die Verwaltung vorgeschlagen, einen externen Mediator hinzuzuziehen, mit dem Ziel die angespannte Situation zwischen den beiden Vereinen zu entschärfen und damit zu einem befriedigenden und nachhaltigen Ergebnis für alle Parteien zu gelangen. Der Magistrat hat dies beschlossen, die beiden Beteiligten haben einem Mediationsverfahren zugestimmt. Aktuell befindet sich man in der terminlichen Abstimmung.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	232/2019	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von b-now, CDU, SPD, FWG/UBN, Bündnis 90/Grüne und NBF/NBL zum ISEK 2040	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt neben dem vorgelegten Stadtentwicklungskonzept ISEK 2040 die in der Anlage genannten Eckpunkte / Ziele, welche bei der Umsetzung zu beachten sind. Das ISEK 2040 soll Regiebuch und Orientierungsrahmen für die nächsten Jahre sein. Der Magistrat wird mit der Umsetzung erforderlicher Maßnahmen beauftragt. 01.10.2019

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz bittet um eine schriftliche Gegenüberstellung mit dem Protokoll, worin der Planansatz Forst, Bereich Waldernte, und der Ist-Stand, wie er sich jetzt abzeichnet aufgrund der aktuellen Holzpreise und der Zusatzkosten für den höheren Holzeinschlag, enthalten sind. 31.10.2019

Antwort der Auswertung des Produkts Forst mit Stand 30.09.2019 siehe Anlage

Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	231/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Gestaltungssatzung "Hausgärten" der Stadt Neu-Anspach	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, zu prüfen, ob ein Entwurf für eine Satzung hinsichtlich der Gestaltung von Hausgärten (Vorgärten und Gärten) sowie der grundsätzliche Ausschluss von Gestaltungen mit Steinen, Kies, Schotter, Folienabdichtungen oder ähnlichen Baustoffen möglich ist. Dies sollte in Zusammenarbeit mit dem Leistungsbereich Bauen, Wohnen und Umwelt, mit sachkundigen Bürgerinnen und Bürger und Umweltverbänden, wie z.B. BUND und/oder NABU erfolgen. Die weitere Beratung zu diesem Thema soll im Bauausschuss stattfinden.	02.07.2020	<input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------	--	------------	-------------------------------------

Antwort der Verwaltung
 Siehe Vorlage 82/2020, Bauausschuss 24.06.2020, TOP 2.4

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	230/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Grünflächenmanagement - Pflege städtischer Rasenflächen, Hecken und Bäumen	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen.	29.04.2020	
-------------------------	---	------------	--

Antwort der Verwaltung
 Verweisung an Bauausschuss
 Beschluss StaV 13.02.2020 TOP 4.11

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019	229/2019	Antrag der Bündnis 90/DIE GRÜNEN-Fraktion zu Begrünung Haltestellendächer in der Stadt Neu-Anspach	

<u>Beschluss</u>	Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu bitten, mit den jeweiligen Eigentümern Kontakt aufzunehmen und zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, die Dächer der Bus- und Bahnhaltestellen in der Stadt generell umweltfreundlich zu nutzen, z.B. mit einer bienen-/insektenfreundlichen Begrünung oder auch durch Photovoltaikanlagen. Die dadurch entstehenden Kosten für die Stadt sollen entsprechend genannt werden.	02.07.2020	<input checked="" type="checkbox"/>
-------------------------	--	------------	-------------------------------------

Antwort der Verwaltung
 Siehe Vorlage 54/2020, StaV 02.07.2020, TOP 4.12

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	29.08.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Corinna Bosch fragt nach dem Sachstand bei der Fraktion Die Linke und möchte wissen, ob die Fraktion Die Linke weiterhin existiere. 31.10.2019



Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, gibt an, dass die Fraktion Die Linke aktuell nicht mehr bestehe. Fünf der sechs Nachrücker auf der Liste haben erklärt, ihr Mandat nicht anzunehmen. Der letzte Nachrücker sei bereits angeschrieben und man warte auf Antwort. Wenn auch diese Person das Mandat nicht annehme sei die Liste erschöpft und die beiden Sitze der Fraktion Die Linke bleiben für den Rest der Wahlperiode unbesetzt.

Antwort der Verwaltung Der Mandatsverzicht des letzten potenziellen Nachrücker liegt vor. Die Liste "DIE LINKE" ist damit erschöpft, die Fraktion besteht somit nicht mehr. Die gesetzliche Zahl der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung liegt jetzt bei 35.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp spricht die aktuelle Sitzordnung der Stadtverordnetenversammlung an. Seine Fraktion sei damit nicht zufrieden. Es solle doch versucht werden, die „gerade Linie“ der Tischreihen etwas herauszubekommen und die Tische mehr zu einem Halbkreis zu stellen. Er bittet um Weitergabe an den Stadtverordnetenvorsteher, dass eine Sitzung des Ältestenrats einberufen werden möge. Man habe außer dem Thema Sitzordnung auch noch den Auftrag aus dem Sozialausschuss, die Satzung für die Verdienst- und Leistungsadeln zu überarbeiten, zu besprechen. 05.12.2019



Antwort der Verwaltung Eine Sitzung des Ältestenrats ist für den 03.12.2019 terminiert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Zur Anregung vom Stadtverordneten Kevin Kulp ergänzt Stadtverordneter Bernd Töpperwien, dass man sich bei einer Ältestenratssitzung auch mit den Themen Sitzungskalender 2020 sowie der Sache Vertreterregelung auf Ausschusssitzungen beschäftigen müsse. 05.12.2019



Antwort der Verwaltung Eine Sitzung des Ältestenrats ist für den 03.12.2019 terminiert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Corinna Bosch führt aus, dass sie erfreut in der Zeitung gelesen habe, dass die Sicherheitsinitiative Kompass gestartet sei. Sie bittet um weitere Informationen zu diesem Thema oder auch einen Fahrplan über den weiteren Ablauf für alle Stadtverordneten. 05.12.2019



Antwort der Verwaltung siehe Mitteilung 336/2019, StaV 05.12.2019, TOP 5.2

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Jan Muschter trägt vor, dass den Bürgergruppen/Arbeitsgruppen, welche aktiv bei dem städtebaulichen Entwicklungskonzept mitgewirkt haben, zugesagt wurde, dass nach dem Beschluss des städtebaulichen Konzepts weiterhin eine Einbindung gewährleistet werden soll, sofern die Bürgergruppen/Arbeitsgruppen weiter bestehen. Er fragt, ob es dazu ein Konzept gebe oder wie diese Einbindung aussehen könne. 05.12.2019

Bürgermeister Thomas Pauli erklärt, dass es nach Beschlusslage den Ausschussvorsitzenden frei stehe, die Sprecher der Arbeitsgruppen in die Sitzungen der Fachausschüsse einzuladen. Weiter wurde beschlossen, dass ein Konzept über die Beteiligung der Arbeitsgruppen erarbeitet werden soll, welches dann im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und auch beschlossen wird. Es habe jedoch im zuständigen Leistungsbereich Bauen, Wohnen, Umwelt einen Personalwechsel gegeben und deshalb sei man noch nicht dazugekommen, das Konzept zu erarbeiten. Er hoffe, dass man Anfang nächsten Jahres darüber sprechen könne.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Reinhard Gemander hat eine Nachfrage zum Thema Umzug der Firma Röhrig. Ihn interessiert der aktuelle Stand des Verfahrens. Auch möchte er wissen, was die Stadtverwaltung in dieser Sache bereits unternommen hat und ob die Verwaltung dazu beitragen kann, das Verfahren zu beschleunigen. Ihm gehe es besonders darum, da die Verkehrslage am jetzigen Standort der Firma Röhrig immer problematischer werde. 05.12.2019

Bürgermeister Thomas Pauli gibt zu, dass es ihm lieber wäre, wenn man in der Sache schon weiter sei. Aktuell warte man auf einen Vorentwurf der neuen Planung, welcher dann in die Aufstellung eines Bebauungsplans münde. Leider liege der Vorentwurf bei der Verwaltung noch nicht vor. Eine genaue Ursache für die Verzögerung könne man nicht benennen, vielmehr sei es eine Verkettung von schwierigen Umständen. Es stecke viel Arbeit dahinter, mit der sich der neue Architekt auseinander setzen müsse. Von Verwaltungsseite aus könne man nicht viel machen.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	31.10.2019		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Birger Strutz fragt nach dem aktuellen Sachstand des Bauprojekts Bahnhofstraße 71-73. 05.12.2019

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die Vorlagen für dieses Projekt in der kommenden Sitzungsrunde geplant sind bzw. anstehen.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

Bgm. Stadtverordnetenversammlung 31.10.2019 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Reinhard Gemander fragt nach der Antragstellung des Sonderprogramms SWIM. Ihm gehe es darum, dass keine Frist für die Antragstellung versäumt wird. 05.12.2019

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet, dass der Antrag fristgerecht eingereicht wurde.



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

Bgm. Stadtverordnetenversammlung 31.10.2019 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Regina Schirner möchte die Anregung einer Bürgerin weitergeben, wonach die Stadt einen Appell bezogen auf das Feuerwerk/Knallerei an Silvester an die Einwohnerinnen und Einwohner Neu-Anspachs richten möge. Ihre Fraktion unterstütze diesen Appell und sie weist daraufhin, dass es kein Verbot sei, sondern eben ein Appell, der die Menschen dazu bewege, über den Einsatz von Silvester-Feuerwerk und eine mögliche Reduzierung nachzudenken. Die Leute könne man über die Homepage der Stadt oder auch über die NAN entsprechend informieren. Weiter regt sie an, ob sich nicht die Stadt für das nächste Jahr etwas einfallen lassen könne, dass man einem zentralen Ort etwas gestaltet. 05.12.2019



Antwort der Verwaltung

Ein Appell wurde über die Homepage sowie die Weihnachtsausgabe der NAN an die Einwohnerinnen und Einwohner Neu-Anspachs gerichtet.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Artur Otto fragt nach dem Sachstand der Ampelanlage an der Kreuzung Taunusstraße/Saalburgstraße. Hier solle die Regelung der Fußgängerüberwege angepasst werden. 29.04.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet, dass mittlerweile die Zustimmung der Evangelischen Kirchengemeinde vorliegt, wonach die sog. „Trauerzug-Schaltung“ an der Ampelanlage nicht mehr benötigt wird. HessenMobil wurde jetzt darüber informiert, dass die Ampelanlage an diesem Fußgängerüberweg entfallen kann. Gleichzeitig wurde angefragt, welche Kosten für die Änderung der Ampelanlage bzw. der elektronischen Steuerung entstehen.



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Birger Strutz fragt nach dem aktuellen Sachstand im Projekt „KOMPASS“. Wie ist der Stand der Dinge und wie ist das weitere Verfahren? 29.04.2020

Bürgermeister Thomas Pauli berichtet, dass am 04.05.2020 die 1. Sicherheitskonferenz des KOMPASS-Projekts stattfinden werde und dazu die öffentlichen Beteiligten, u.a. die politischen Parteien, demnächst eingeladen werden. Die Ergebnisse der Befragungen vom Nikolausmarkt werden dort vorgestellt und im Plenum der Sicherheitskonferenz beraten.



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp kündigt für eine der nächsten Sitzungsrounden einen Antrag seiner Fraktion zum Thema „Städtische Plakatwände“ an. Diesen Antrag wolle er allgemein halten, denn es sei kein politisches Thema, sondern im Sinne der Wahlwerbung ein Thema, was alle Beteiligten betreffe. Er richtet vorab bereits an den Magistrat sowie an die anderen Fraktionen die Bitte, zu überlegen, welche aktuellen Standorte der Plakatwände getauscht werden können/sollen bzw. welche neuen Flächen möglich/denkbar wären. 29.04.2020



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Thomas Roepke stellt für die b-now-Fraktion mehrere Fragen zum Thema Risikovorsorge für den Fall länger anhaltender Stromausfälle (Blackouts). Unter dem Hintergrund, dass mit dem fortschreitenden Ausbau volatiler Energieerzeuger bei gleichzeitigem Ausstieg aus grundlastfähigen Kohle- und Kernkraftwerken die Gefahr von flächendeckenden Blackouts ansteigt, geht es um die Themen Versorgung der Bevölkerung mit Trinkwasser, Lebensmitteln, Medikamenten, Notstrom, Kraft- und Brennstoffen sowie um Verkehrssysteme, das Notfall- und Rettungswesen, die Behörden und Verwaltungen, die Informationstechnik, die Telekommunikation und andere elektronische Systeme. 31.12.2021

- 1) Wurden die Informationen und Empfehlungen des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) für Städte und Gemeinden bereits umgesetzt?
- 2) Auf welche Weise wird die Stadtverwaltung die Bürger über individuelle Möglichkeiten, sich auf einen möglichen Blackout vorzubereiten, informieren?
- 3) Für welchen Zeitraum wäre die Trinkwasserversorgung gesichert?
- 4) In welcher Form ist die Stadt generell auf länger anhaltende Stromausfälle vorbereitet?
- 5) Wie will die Stadtverwaltung die Bürger während eines Stromausfalls erreichen?
- 6) Welche Hilfsangebote sind vorgesehen/sollen vorgesehen werden?
- 7) Wo können Bürger bei Ausfall des Telefonnetzes eine Notfallmeldung absetzen?



Antwort der Verwaltung

Die erforderlichen Maßnahmen für den Bevölkerungsschutz (z.B. Alarmierung Verwaltungsstab, Alarmierung Bevölkerung, Sirenen) werden sukzessive weiterentwickelt.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Artur Otto fragt nach dem aktuellen Sachstand der ehemaligen Kreisstraße zwischen Anspach und Wehrheim. Hierzu liegen Informationen vor, wonach die Aufteilung bzw. die Markierung mit einem Fahrradsymbol auf der Kreisstraße unklar sei und zu Problemen der Verkehrsteilnehmer führe. Er bittet um Auskunft. 31.12.2021

Bürgermeister Thomas Pauli teilt mit, dass bereits einige Gespräche mit den Beteiligten geführt wurden und eine entsprechende Vorlage für die nächste Sitzungsrunde in Arbeit sei.

Antwort der Verwaltung Nach einem Ortstermin mit Beteiligung der entsprechenden Institutionen gab es eine entsprechende Vorlage an den Magistrat (70/2020). Es wurde beschlossen, dass der Fahrradstreifen auf der ehemaligen Kreisstraße entfernt wird.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

50 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 32/2020 Antrag der NBF/NBL-Fraktion auf Einrichtung eines "Unverpacktladens" in Neu-Anspach

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, gemeinsam mit dem Wirtschaftsförderer die Möglichkeiten der Ansiedlung eines Unverpacktladens zu prüfen und aktiv auf die Ansiedlung eines solchen Ladens, auch unter Kontaktaufnahme mit den einschlägigen Berufsverbänden, hinzuwirken. Weiterhin soll der Magistrat bzw. der Wirtschaftsförderer in Gesprächen mit den Lebensmittelmärkten in Neu-Anspach darauf hinwirken, dass ein möglichst umfänglicher Verzicht auf Plastiktüten realisiert wird. 02.07.2020

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

50 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 331/2019 Antrag der CDU-Fraktion auf Durchführung von Erhebungen bezgl. der Trinkwasserbelastung mit Plastik-Mikropartikeln

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat bzw. die Vertreter der Stadt Neu-Anspach im Wasserbeschaffungsverband Usingen zu beauftragen, im Wasserbeschaffungsverband Usingen anzuregen, Erhebungen bezüglich der Belastung des Trinkwassers (inkl. des zugekauften Trinkwassers) mit Plastik-Mikropartikeln, Antibiotika und anderen Medikamenten durchzuführen. Die Untersuchungsergebnisse sollen den Mitgliedern des Wasserbeschaffungsverbandes Usingen alsbald mitgeteilt werden. 27.08.2020

Antwort der Verwaltung Siehe Mitteilung 99/2020, StaV 04.06.2020, TOP 5.1
Siehe Mitteilung 157/2020, StaV 27.08.2020, TOP 5.1

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

51 Stadtverordnetenversammlung 13.02.2020 33/2020 Antrag der b-now-Fraktion auf Erstellung eines Kindertagesstättenentwicklungsplans

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat mit der Erstellung eines Kindertagesstättenentwicklungsplans zu beauftragen. Dieser soll die aktuellen, räumlichen, personellen sowie pädagogischen Standards dokumentieren und umfasst die Rahmenbedingungen bzw. Empfehlungen, die jährlich zu aktualisierende Bedarfsplanung, eine Darstellung der Finanzen und eine Analyse der Bedarfsentwicklung. Somit ist eine Entscheidungshilfe gegeben, wenn Maßnahmen anstehen, um bestehende Angebote bedarfsgerecht zu verändern. Er soll jährlich fortgeschrieben werden, im Rahmen der gesetzlich vorgeschriebenen Bedarfsplanung. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung siehe Mitteilung 233/2020, StaV 29.10.2020, TOP 6.3
siehe Vorlage 256/2021, StaV 04.11.2021, TOP 2.11

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp fragt, wie das weitere Vorgehen im Bereich der „Neuen Mitte“ aussehen soll. Der Förderantrag in das Programm „Aktive Kernbereiche in Hessen“ sei bekanntlich nicht aufgenommen worden, er möchte wissen, wie es jetzt mit der Entwicklung des Bereichs weitergehen soll bzw. wie der Zeitplan dazu aussehe. 29.04.2020

Antwort der Verwaltung siehe Vorlage 81/2020, StaV 04.06.2020

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	13.02.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz bittet den Magistrat um Überprüfung, ob uns wie man nicht mehr benötigte Friedhofsflächen anderweitig verwenden könne. Dabei gehe es nicht vordringlich um eine Bebauung bzw. einen Verkauf, sondern auch darum, dass die Stadt die Unterhaltung sowie die Pflege der Fläche abgeben könne. 29.10.2020

Antwort der Verwaltung siehe Mitteilung 229/2020, StaV 29.10.2020, TOP 6.2

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.3	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem Sachstand der IKZ-Intensivierung, welche sie im Rahmen der Haushaltsberatungen angesprochen habe. 02.07.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass sich die IKZ aktuell hauptsächlich im Rahmen der Digitalisierung intensiviere. Hier werden die Vorbereitungen bzw. die Grundlagen für die Erfüllung des Online-Zugangs-Gesetzes (OZG) im Hintergrund gemeinsam mit der Stadt Usingen geleistet. Ein Teil davon ist auch bereits nach außen für die Bürgerinnen und Bürger sichtbar.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

32 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem aktuellen Sachstand im Projekt „KOMPASS“. 02.07.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die 1. Sicherheitskonferenz am 04.05.2020 Corona-bedingt abgesagt werden musste.
 Aufgrund der vielen Teilnehmer bzw. der zugelassenen Besucherzahlen im Bürgerhaus ist eine Sitzung auch jetzt noch nicht möglich. Er hoffe darauf, dass die 1. Sicherheitskonferenz im Herbst durchgeführt werden könne.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

51 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz möchte wissen, wie es mit dem Streetworker bzw. der Jugendpflege weitergehe. Es sei bekannt, dass der Streetworker Neu-Anspach verlassen werde und deshalb stelle sich in diesem Zusammenhang die Frage, was mit der gekündigten Jugendhausarbeit, welche der Streetworker übernehmen sollte, passiere. 02.07.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass der Streetworker gekündigt habe und in seine alte Heimat zurückgehe. Im Rahmen der Haushaltsplanberatungen wurde beschlossen, ein Konzept für das Jugendhaus bis zur letzten Sitzung der Stadtverordnetenversammlung im Jahr 2020 zu erarbeiten, um ggf. noch eine Kündigung bis zum 31.12.2020 zu beschließen bzw. auszusprechen. Das sei noch nicht passiert.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

51 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz ist am Sachstand der Einpendlerkinder interessiert. 02.07.2020

Bürgermeister Thomas Pauli teilt mit, dass alle Kommunen, mit Ausnahme einer Kommune, es abgelehnt haben, Änderungen vorzunehmen. Somit kommt es zur Kündigung der bestehenden Verträge.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

51 Stadtverordnetenversammlung 04.06.2020 Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Dr. Jürgen Göbel spricht ein Lob an den Magistrat bzw. die Stadtverwaltung aus. Konkret gehe es ihm um die engagierte und kurzfristige Umsetzung der Vorgaben für die Wiedereröffnung der Kindertagesstätten, dies sei sicher sowohl für die Kita-Leitungen wie auch die Stadtverwaltung eine intensive Herausforderung gewesen, welche offensichtlich gut gelungen sei. Dafür möchte er sich bedanken. 02.07.2020

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz gibt an, im Rahmen der Haushaltsberatungen das Gerücht gehört zu haben, wonach Rückzahlungen an die Evangelischen Kitas erforderlich werden. Was sei hier der Sachstand? 29.10.2020

Antwort der Verwaltung

siehe Vorlage 189/2020, HFA 20.08.2020, TOP 3.6
 siehe Vorlage 190/2020, HFA 20.08.2020, TOP 3.7
 und erneut
 HFA 22.10.2020, TOP 3.3 + 3.4

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020	109/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Ausarbeitung eines Konzeptes zur Optimierung der Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, ein Konzept zur Optimierung der Öffnungszeiten in den städtischen Kindertagesstätten auszuarbeiten. Dabei sollen folgende Punkte Berücksichtigung finden: Erfassung der tatsächlichen Bring- und Holzeiten in den verschiedenen Kinderbetreuungseinrichtungen (Stand 2020): Vergleich mit bisherigen Erhebungen Die bisherige Abfrage soll um einen Punkt erweitert werden: Wäre prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter oder Kinderbetreuungseinrichtungen gewünscht (unabhängig von einem Beitrags-/Preisunterschied)? Tatsächliche Anmeldungen im U3- und Ü3-Bereich: Vergleich der Ist- und Planzahlen 2020 Die Erforderlichkeit der vollumfänglichen Öffnungszeiten in allen städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen ist zu prüfen. Es ist zu untersuchen, ob unterschiedliche Öffnungszeiten in den einzelnen Kitas angeboten werden können. Dabei sollen X % der Einrichtungen mindestens die derzeitigen Öffnungszeiten beibehalten (07:30 – 17:00 Uhr) Wahlkonfession muss erhalten bleiben Welche Kosteneinsparung ist dadurch möglich: Personaleinsatz, Betriebskosten etc. Langfristige Planungs- und Umsetzungsdauer, so dass kein aktuell angemeldetes Kind die Einrichtung, aufgrund von Öffnungszeitenänderungen, wechseln muss Auswertung der Abfrage sowie Ausarbeitung eines Konzeptes im AK Kita gemeinsam mit den Kita-Leitungen aller Träger und dem Stadtelternbeirat. Dabei müssen allen Mitgliedern des AK detaillierte Aufstellungen der Aufwendungen und Erträge zur Verfügung stehen Einsparungen durch die tageweise Buchbarkeit der Module sollen von der Verwaltung berechnet oder widerlegt werden Ein etwaiger Ausbau des Tagesmutterangebotes ist zu prüfen Dabei stellt die Stadt Neu-Anspach keine Räumlichkeiten zur Verfügung Welche Kosteneinsparung ist dadurch möglich? Kann die Angebotsvielfalt damit erhalten oder verbessert werden? Es ist zu berücksichtigen, ob prinzipiell ein Platz bei einer Tagesmutter gewünscht wäre Anpassung der Öffnungszeiten auf Montag bis Donnerstag, jeweils 07:30 bis 17:00 Uhr sowie freitags von 07:30 – 16:00 Uhr Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kosten, Konzeption Ist eine mittelfristige Umsetzung möglich? Eine Modulaufweitung (bspw. Mo-Mi 17:00 Uhr, Do-Fr 15:00 Uhr) ist zu prüfen Kann damit die Personaleinsatzplanung optimiert werden? Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kosten, Konzeption Übergabe aller städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen an einen anderen freien Träger (z.B. VfF) Darstellung der Auswirkungen – Personal, Kostensituation, Konzeption Ergänzend dazu beschließt die Stadtverordnetenversammlung als kurzfristiges Ziel, den Magistrat mit der Erstellung eines Konzeptes zur Optimierung der Nachmittagsbetreuung in den KiTa's zu beauftragen. Grundsätzlich wird beschlossen, dass bei allen zu erstellenden Konzepten der Stadtelternbeirat sowie der AK Kita beteiligt werden, weiter dass man sich bei der Erstellung an Kita-Konzepten

31.12.2021

anderer Städte wie z.B. Oberursel oder Steinbach orientieren möge sowie die bestehenden Kita-Konzepte anderer Kita-Träger wie z.B. der Kirche oder dem VzF berücksichtige.

Antwort der Verwaltung

siehe Vorlage 256/2021, StaV 04.11.2021, TOP 2.11

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz fragt nach dem Sachstand ihrer Anfrage vom 13.02.2020, wonach der Magistrat um Überprüfung gebeten wurde, ob und wie nicht mehr benötigte und noch nicht belegte Friedhofsflächen anderweitig verwendet werden können.

29.10.2020

Bürgermeister Thomas Pauli gibt an, dass das Thema in Bearbeitung sei und nach Abschluss der Arbeiten eine Vorlage komme.



Antwort der Verwaltung

siehe Mitteilung 229/2020, StaV 29.10.2020, TOP 6.2

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Horst Meyer fragt nach dem Sachstand der Versiegelung. Bei Spaziergängen stelle er fest, dass z.B. Vorgärten immer mehr zu Garagen und Abstellplätzen umgewidmet werden. Bürgermeister Thomas Pauli habe ihm versprochen, im Stadtteil Westerfeld mit einer Kontrolle zu beginnen. Deshalb wolle er fragen, ob damit schon begonnen wurde.

02.07.2020



Antwort der Verwaltung

Alle Eigentümer im Stadtteil Westerfeld wurden angeschrieben und die entsprechenden Rückläufer der gemeldeten Flächen sind im Programm erfasst. Die entsprechenden Bescheide über die Festsetzung der gemeldeten Flächen erfolgen, sobald der Programmhersteller die Änderungen in den Bescheidvorlagen angepasst hat. Als nächstes wird der Stadtteil Rod am Berg komplett angeschrieben, parallel erfolgt eine Info über Homepage, NAN und die Presse (allgemeine Info wieso, weshalb, warum). Eine Mitarbeiterin wird sich ab dem 01.07.2020 diesem Thema annehmen. Aktuell wurde dieser Bereich in Teilzeit (2 Tage, á 5 Std) nebenbei bearbeitet.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	Bgm.	Stadtverordnetenversammlung	04.06.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Bernd Töpperwien fragt, ob für die Offene-Punkte-Liste ein Ampelsystem verwendet werden könne. Für die Übersichtlichkeit wäre Rot = Termin überfällig, Gelb = in Bearbeitung und Grün = erledigt hilfreich. Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dies sei nicht möglich. So wie die Offene-Punkte-Liste aktuell vorliege, sei der aktuelle Stand des Programmherstellers.

02.07.2020



Antwort der Verwaltung

Zur besseren Übersicht sind zukünftig zwei Listen beigefügt. Eine Liste mit den bereits erledigten Punkten, eine weitere Liste mit den offenen Punkten.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
---------------	-----	-------------	--------	----------	---------	------------

10.5 Stadtverordnetenversammlung 02.07.2020 Sonstige Anfragen und Anregungen

Beschluss Stadtverordneter Roland Höser berichtet, dass er am heutigen Tage wiederholt Autos mit ausländischen Kennzeichen in der Stadt gesehen habe, welche komplett mit Kameras ausgestattet waren. Dies habe ihn beunruhigt. Er möchte wissen, ob bekannt sei, was es damit auf sich habe. 27.08.2020

Der Vorsitzende der Stadtverordnetenversammlung, Holger Bellino, gibt einen Zwischenruf aus dem Parlament weiter, wonach in der Zeitung zu lesen war, dass es sich um Aufnahmen von/für Google handelt. Dies sei erlaubt.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	02.07.2020		Sonstige Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp gibt an, dass auf der Adolf-Reichwein-Straße in Fahrtrichtung Hausen-Arnsbach schon mehrere Male ein Linienbus geparkt habe. Der Bus sei breiter als der Parkstreifen und es käme somit zu Slalomfahrten im fließenden Verkehr. Der Bus sei ein Verkehrshindernis und er bittet darum, dass das Ordnungsamt bitte die Sache prüfen möge. 30.06.2021

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	02.07.2020		Sonstige Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Ulrike Bolz bezieht sich auf den Beschluss zu TOP 4.9, Vorlage 132/2020, und begrüßt, dass man jetzt zunächst die Besucheranzahl 1000 für das Waldschwimmbad beschlossen habe. Sie möchte nachfragen, ob eine positive Veränderung bei weiteren Lockerungen oder auch eine Einschränkung bei negativer Entwicklung durch den Magistrat bzw. das Verwaltungshandeln möglich sei. 27.08.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass das Hygienekonzept für das Waldschwimmbad Aufgabe des Magistrats sei und dieser somit Einschränkungen wie auch Lockerungen, z.B. Öffnung der Umkleiden oder auch der Duschen, vornehmen könne. Dies hänge jedoch vom Verhalten der tatsächlichen Besucher ab.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	02.07.2020		Sonstige Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Corinna Bosch fragt nach dem aktuellen Sachstand zum Thema Alte Schule Westerfeld sowie dem Tagesmütter-Projekt. Man habe dazu von verschiedenen Seiten etwas in der Zeitung lesen können, deshalb frage sie jetzt direkt nach. 27.08.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass ein Angebot der Kirche zur Übernahme des Gebäudes vorliege. Eine Vorlage zu dieser Sache sei bereits fertig erstellt, jedoch gibt es seitens der Revision vom Hochtaunuskreis die Auflage, bei allen neuen Investitionen bereits vor Beschlussfassung die entsprechende Vorlage bei der Revision vorzulegen. Daraufhin wurde ergänzend von der Revision gefordert, eine Bedarfsanalyse für die U3-Betreuung sowie für die Tagesmütter vorzulegen. Diese Dinge wollte man erarbeiten, jedoch kam „Corona“ dazwischen und die Arbeit wurde ausgebremst. Der Bürgermeister gibt an, dass diese Dinge im Zusammenhang mit dem Kita-Entwicklungskonzept beraten werden können.



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	206/2020	Gemeinsamer Antrag der Fraktionen SPD und b-now auf Erstellung eines zukunftsweisenden Konzeptes zur Jugendpflege	

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Sozialausschuss zu verweisen. Beratungsergebnis: 15 Ja-Stimme(n), 15 Gegenstimme(n), 0 Stimmenthaltung(en) Es liegt eine Stimmengleichheit vor, nach § 26 Abs.1 Satz 1 der Geschäftsordnung für die Stadtverordnetenversammlung und die Ausschüsse der Stadt Neu-Anspach werden Beschlüsse mit der Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst. Somit ist die Verweisung des Antrags in den Sozialausschuss abgelehnt. Die Stadtverordnetenversammlung lehnt ab, 1. Der neue Streetworker respektive der zuständige Fachbereich der Stadtverwaltung wird mit der Erstellung eines zukunftsweisenden Konzeptes zur Jugendpflege, unter teilweiser Einbeziehung der bestehenden Räumlichkeiten beauftragt. Der VzF kann hierzu eigene konzeptionelle Vorschläge / Angebote einbringen. 2. Der aktuelle Vertrag der Stadt mit dem VzF über das Jugendhaus (gesamtes Gebäude) wird zum nächstmöglichen Termin gekündigt. Bei einem konzeptionell attraktiven Angebot gem. 1. kann ein neuer Vertrag mit dem VzF in reduziertem Umfang abgeschlossen werden. 3. Das bisherige Jugendhaus-Gebäude wird in seiner Gesamtheit zu einem „Haus der sozialen Träger“ weiterentwickelt (z.B. unter Einbeziehung von Tafel, Caritas-Laden, Café Hartel, Suchtberatung und weiterer sozialer Einrichtungen). 4. Die Umsiedlung der sozialen Einrichtungen der Bahnhofstrasse 27 in das bisherige Jugendhaus wird unter Einbeziehung der aktuellen Mieter geprüft.

27.08.2020



Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	204/2020	Antrag der CDU-Fraktion auf Bildung eines Arbeitskreises "Wald"	

Beschluss

Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen.

30.06.2021

Antwort der Verwaltung

Verweisung an Bauausschuss
siehe Vorlage 244/2020, BauA 21.10.2020, TOP 2.1
siehe UA 31.08.2021, TOP 2.2



Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	27.08.2020	205/2020	Antrag der NBF/NBL-Fraktion auf Vorstellung des Pflegekonzeptes für die Neu-Anspacher Friedhöfe im Bauausschuss	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, das Pflegekonzept für die Friedhöfe in der Stadt Neu-Anspach durch den Baubetriebshofeinsatzleiter in einer der nächsten Sitzungen des Bauausschusses vorzustellen. 25.11.2020

Antwort der Verwaltung Verweisung an Bauausschuss
siehe Bauausschuss 25.11.2020, TOP 2.1

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Hans-Peter Fleischer bezieht sich ebenfalls auf den anstehenden Lockdown und weist darauf hin, dass dieser auch für die ehrenamtlichen Politiker gelte. Es sei wichtig, dass auch deren Gesundheit erhalten werde. Man solle darüber nachdenken, die Fachausschüsse in einer Web-Konferenz durchzuführen. Dies sei möglich, funktioniere einwandfrei und setzt lediglich voraus, dass sich die Teilnehmer diszipliniert verhalten. Er bittet um Prüfung. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordnete Corinna Bosch bezieht sich auf den anstehenden „Soft-Lockdown“ und zählt einige betroffene Gewerbebranchen auf. Diese müssen vielleicht jetzt auf die Existenz kämpfen. Ihre Fraktion erwarte, dass der städtische Wirtschaftsförderer aktiv auf diese Gewerbetreibende zugehe, über das aufgelegte Bundesprogramm informiere und bei einer möglichen Antragstellung unterstütze. 15.12.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, wonach der Lieferservice der Neu-Anspacher Gewerbetreibenden wieder aufgelegt werde und entsprechend auf der Homepage veröffentlicht wird. Weiter habe die Stadt bekanntgegeben, dass sich die Gewerbetreibenden an den Wirtschaftsförderer der Stadt wenden können und er bei Anträgen unterstützen werde. Dies habe man bereits im ersten Lockdown gemacht und werde es auch jetzt wieder anbieten.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

Beschluss Stadtverordneter Kevin Kulp spricht das Gewerbegebiet „Im Kirchborn“ im Stadtteil Westerfeld an. Hier habe man bei einer Ortsbegehung einige Dinge gesehen. Er fragt, ob die Nutzung durch den VHT sowie die übereinander gestapelten Container, welche schrottreif sind und gleichzeitig die Gefahr bergen, auf den Weg zu kippen, mit dem Bebauungsplan konform sind. 15.12.2020

Bürgermeister Thomas Pauli antwortet direkt, dass die Sache mit den Containern der Bauaufsicht des Hochtaunuskreises vorliege. Diese arbeite aktiv an der Sache. Weiter führt er aus, dass man alle Eigentümer mit Fristsetzung aufgefordert habe, die Bepflanzung gemäß des

Bebauungsplans vorzunehmen. Dies werde entsprechend nach Ablauf der Frist kontrolliert und bei fehlender oder falscher Bepflanzung ebenfalls an die Bauaufsicht des Hochtaunuskreises gemeldet. Diese habe dann weitergehende Möglichkeiten, z.B. mit einer Geldauflage Dinge festzusetzen.

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	10.5	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	<p>Stadtverordneter Bernd Töpferwien bezieht sich auf das Gewerbegebiet „Im Kirchborn“. Ein Eigentümer habe ihn angesprochen und darauf hingewiesen, dass die Ausnutzung der Grundstücke ungünstig sei. Weiter wolle er wissen, ob man von der vorgegebenen Bepflanzung abweichen könne. Wenn ja, was müsse der Antragsteller dafür tun?</p> <p>Bürgermeister Thomas Pauli antwortet, der betroffene Grundstückseigentümer müsse einen Abweichungsantrag mit entsprechender Begründung an den Magistrat stellen.</p>					15.12.2020
						<input checked="" type="checkbox"/>

Antwort der Verwaltung

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	<p>Stadtverordneter Kevin Kulp spricht das Gartengebiet „Im Weiher I“ an. Man habe bei einer Ortsbegehung festgestellt, dass viele der Gartengrundstücke vermüllt seien und nicht so genutzt werden, wie es vielleicht mal vorgesehen war. Deshalb auch hier die Frage, ob die Nutzung der Grundstücke mit dem Bebauungsplan konform gehe.</p>					31.12.2021
						<input checked="" type="checkbox"/>

Antwort der Verwaltung

Bereits im Sommer hat die Verwaltung die Grundstücke überprüft. Dabei wurde festgestellt, dass die Grundstücke nicht bebauungsplankonform genutzt werden. Die Pächter der Grundstücke wurden angeschrieben und auf die Einhaltung der Vorgaben aus dem Bebauungsplan sowie den Pachtvertrag hingewiesen. Es wurde eine Frist gesetzt, um die Missstände zu beheben. Danach erfolgen entsprechend weitere Kontrollen und Maßnahmen.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	29.10.2020		Anfragen und Anregungen	

<u>Beschluss</u>	<p>Stadtverordneter Kevin Kulp fragt nach der Brückensanierung, welche im letzten Jahr im Gärtnereiweg stattgefunden habe. Er habe keinen Nachweis bzw. keinen Beschluss im Haushaltsplan dazu finden können. Er fragt deshalb den Magistrat, warum diese Brücke trotzdem saniert wurde und warum Gelder dafür bereitgestellt wurden. Die besagte Brücke führe zu lediglich einem Grundstück, welches auch über eine andere Straße erreichbar sei.</p>					31.12.2021
						<input checked="" type="checkbox"/>

Antwort der Verwaltung

Hierbei handelte es sich um einen Schreibfehler. Die Brücke wurde im Haushalt fälschlicherweise mit einer anderen Nummer dargestellt. Stadtverordneter Kevin Kulp wurde bereits von Bürgermeister Thomas Pauli wie auch vom Leistungsbereichsleiter Amt 65 darüber informiert.

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	03.12.2020	294/2020	Antrag der SPD-Fraktion auf Überprüfung/Optimierung der verkehrlichen Situation Kreuzung Am Kirchborn/Otto-Sorg-Weg im Stadtteil Westerfeld	
<u>Beschluss</u>		Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den Magistrat zu beauftragen, die verkehrliche Situation der Kreuzung Am Kirchborn/Otto-Sorg-Weg im Stadtteil Westerfeld zu überprüfen und zu optimieren.				02.09.2021
<u>Antwort der Verwaltung</u>		siehe Mitteilung 94/2021, StaV 01.07.2021, TOP 4.1 siehe BauA 02.09.2021, TOP 2.1				<input checked="" type="checkbox"/>
Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	03.12.2020		Anfragen und Anregungen	
<u>Beschluss</u>		Stadtverordneter Roland Höser ist der Meinung, es sei eine absolute Frechheit der Stadt, vom Bauhof, die Hundetoiletten nicht mehr abzufahren. Dies sei eine Unverschämtheit, die Mitarbeiter fahren mit dem Auto daran vorbei und lassen es liegen. Dies sei unverschämt.				25.02.2021
<u>Antwort der Verwaltung</u>						<input checked="" type="checkbox"/>
Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	65	Stadtverordnetenversammlung	03.12.2020		Anfragen und Anregungen	
<u>Beschluss</u>		Stadtverordneter Jan Muschter trägt vor, dass man in der Sitzung des Bauausschusses am 25.11.2020 das Grünflächenkataster vorgestellt bekommen habe. Es wurde gesagt, dass man im Januar, rechtzeitig zu den Haushaltsberatungen, die Vorlage mit den Empfehlungen, wie man mit den Flächen weiter verfahren wolle, z.B. Verkauf, Verpachtung, Umwidmung, erhalte. Weiter wurde im Bauausschuss gesagt, es existiere bereits eine Excel-Liste, worin die besagten 177 Grundstücksflächen enthalten seien. Er regt an, diese Liste zeitnah zu erhalten und nicht erst eine Woche vor der Ausschusssitzung. Auch wenn noch keine Empfehlungen zu den Flächen enthalten seien, da diese zunächst noch erarbeitet werden müssen, könne man sich allein mit der Liste schon etwas besser vorbereiten.				25.02.2021
<u>Antwort der Verwaltung</u>		Bürgermeister Thomas Pauli antwortet, es sei der ausdrückliche Wunsch im Bauausschuss gewesen, die Liste der Grundstücksflächen mit den Empfehlungen der weiteren Handhabung zu bekommen. Er sende die Liste allein mit den Grundstücksflächen gerne zu, stellt jedoch die Frage nach dem Sinn. Er ist er der Auffassung, dass die Liste nur mit Grundstücksflächen einen nicht weit bringe, wenn keine Empfehlungen dazu enthalten seien.				<input checked="" type="checkbox"/>
Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	32	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021	237/2021	Antrag der SPD-Fraktion auf Verdeutlichung des Willens, die K738 in städtische Hand zu überführen	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen. 27.10.2021

Antwort der Verwaltung siehe Bauausschuss 02.09.2021, TOP 2.2
siehe Mitteilung 339/2021, BauA 27.10.2021, TOP 3.4
siehe Bauausschuss 27.10.2021, TOP 2.5

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	51	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021	239/2021	Antrag der FWG-UBN-Fraktion auf Überprüfung und Fortschreibung der Konzeption Sportstättenentwicklung "Sport und Bewegung in Neu-Anspach"	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss und in den Sozialausschuss zu verweisen. 31.12.2021

Antwort der Verwaltung siehe Sozialausschuss 01.09.2021, TOP 3.2
siehe StaV 16.09.2021, TOP 2.6

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021	233/2021	Antrag der CDU-Fraktion auf Intensivierung des Stadtentwicklungsprojekt 2040 ISEK durch die Einrichtung eines "Runden Tisches", insbesondere für den Bereich Neue Mitte	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen. 27.10.2021

Antwort der Verwaltung siehe Bauausschuss 02.09.2021, TOP 2.6
siehe Bauausschuss 27.10.2021, TOP 2.3

Antragsteller	Amt	Bezeichnung	Termin	Herkunft	Betreff	Erledigung
	60	Stadtverordnetenversammlung	01.07.2021	235/2021	Antrag der SPD-Fraktion auf Einrichtung eines Arbeitskreises zum Thema "Neue Mitte"	

Beschluss Die Stadtverordnetenversammlung beschließt, den vorliegenden Antrag zur weiteren Beratung in den Bauausschuss zu verweisen. 27.10.2021

Antwort der Verwaltung siehe Bauausschuss 02.09.2021, TOP 2.7
siehe Bauausschuss 27.10.2021, TOP 2.4